

DIE WELT

Pekings Probleme

Daran könnte das mächtige China wirklich scheitern

Die Welt blickt ängstlich auf die chinesischen Börsen- und Wirtschaftsturbulenzen. Doch die großen Probleme liegen in ganz anderen Bereichen. Hier lauern die größten Gefahren für das Riesenreich.

Von Dietrich Alexander , Johnny Erling, Sonja Gillert



Der Index in Shenzhen stürzte am Montag um 7,6 Prozent ab. Die Börse in Shanghai verlor 8,5 Prozent. Wirtschaftsredakteur Holger Zschäpitz erklärt, welche Folgen der Einbruch in China haben könnte. Quelle: N24

Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Erde strauchelt. China war es aus den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gewohnt, wirtschaftlich von Rekord zu Rekord zu eilen. Doch nun: der größte Kursrutsch an Chinas Börsen Shanghai und Shenzhen seit acht Jahren. Eine Berg-und-Talfahrt der Kurse. Chinas Führung reagiert mit Stützungskäufen, die USA und Europa blicken ängstlich auf den Giganten.

Der plagt sich allerdings mit noch ganz anderen Schwierigkeiten, deren Lösung mindestens ebenso dringlich ist. Dazu zählen Umweltprobleme ebenso wie Korruption, demografische Fehlentwicklung, regionale Konflikte, Missachtung der Menschenrechte oder das dramatische Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich. Eine Übersicht.

Wachstum und Umweltverschmutzung

Vier besorgniserregende Fakten: China wird der Tierschutzorganisation World Wildlife Fund (WWF) zufolge die USA als größten Kohlendioxid-Verursacher sehr bald abgelöst haben. Die chinesische Akademie der Wissenschaften hat errechnet, dass allein im Fluss Jangtse jährlich 14 Milliarden Tonnen Abfall entsorgt werden. 25 Millionen Bäume werden pro Jahr allein für Einweg-Esstäbchen abgeholzt, das gibt Peking selbst zu. Große Teile der Böden, auf denen Bäume und Pflanzen wachsen, sind verseucht: 19,4 Prozent des Anbaulandes sind

unter anderem mit Schadstoffen wie Kadmium, Nickel und Arsen verunreinigt, schreibt das Umweltministerium 2014 in seinem Report.



Bedrohte Meere
Pro Jahr acht Millionen Tonnen Plastikmüll

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung im Riesenreich wirft gigantische Umweltschutzprobleme auf, die zugunsten immer ehrgeizigerer Pläne nie mit der gleichen Aufmerksamkeit bedacht wurden. Die Luft in Peking ist lebensgefährlich belastet, chinesische Statistiken weisen rund 400.000 vorzeitige Todesfälle aus, für die die städtische Luftverschmutzung verantwortlich gemacht wird. Sinkende Grundwasserspiegel, ein schier unbändiger Rohstoffhunger, rücksichtslose Expansion – Chinas ökologischer Fußabdruck ist gewaltig. China hat 22 Prozent der Weltbevölkerung zu ernähren – und seine eigenen Ressourcen sind nicht üppig.

Mit Fahreinschränkungen für Autos in den Millionenmetropolen wie Peking, strengeren Kontrollen von Lkw und der Umsiedlung und Abschaltung von Kohlekraftwerken und Fabriken in den Ballungszentren versucht die Regierung, der Verschmutzung zu begegnen. Mit ersten kleinen Erfolgen: In einigen Regionen ist die Luft etwas besser geworden, in Peking ist in den ersten vier Monaten 2015 die Verschmutzung laut der Umweltschutzorganisation Greenpeace um 13 Prozent gesunken. Wie sehr das Thema die Bevölkerung berührt, wurde zuletzt im Frühjahr deutlich: Ein Dokumentarfilm über die dramatischen Gesundheitsfolgen der Luftverschmutzung wurde innerhalb kürzester Zeit von 200 Millionen Menschen im Internet gesehen. Dann wurde er von der Regierung blockiert. Ein Zeichen für die große Angst der Führung vor der eigenen Bevölkerung bei diesem Thema.

Großmacht ohne Wasser

Lange Jahre nannte Umweltforscher Lester Brown die Agrarproduktion die größte Belastung für Peking: "Wer ernährt China?" Doch dann machte er ein anderes, viel größeres Problem aus: Zugang zu sauberem Wasser. Zwar verfügt China über umfangreiche Wasservorräte, doch die stehen nicht jedem zur Verfügung. Die Pro-Kopf-Zuteilung sauberen Wassers beträgt nur ein Viertel des Weltdurchschnitts. Fünf der sieben größten chinesischen Ströme sind verschmutzt, ebenso 60 Prozent des Grundwassers. Industrialisierung, Überdüngung, saurer Regen und die Kontaminierung der Böden sind die Hauptursachen für die Trinkwasserknappheit.

Jüngstes Alarmsignal: das Abschmelzen der Gletscher, die als Frischwasserreservoir für die großen Flüsse sehr wichtig sind. China verlor in den vergangenen 50 Jahren 18 Prozent der heimischen Gletschermassen. Noch gibt es auf chinesischem Terrain 48.571 Gletscher, deren Eisflächen 51.840 Quadratkilometer bedecken. Jedes Jahr gehen mehr als 243 Quadratkilometer Eisfläche verloren. Dramatisch verschmutzt sind auch Chinas Küstengewässer, vor allem in den Flussmündungen, Buchten und entlang der Hafenstädte. Die Fischfangindustrie leidet darunter – einer der Gründe, warum Peking die Kontrolle über das Südchinesische Meer erlangen will, das neben Öl und Gas unter dem Meeresgrund auch fischreiche Gewässer beherbergt.

Korruption und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich

China ist das Land der Gegensätze – und das könnte zu großer Unzufriedenheit führen. So gibt es zwar viele Gewinner des Wirtschaftswachstums, im Jahr 2013 gab es bereits 2,8 Millionen Dollar-Millionäre und 200 Dollar-Milliardäre, aber auch immer noch Menschen, die unter Armut leiden. Zwar ist die extreme Armut in China laut einer Studie des Pew Research Centers zwischen 2001 und 2011 von 40 auf zwölf Prozent gesunken, aber die Kluft zwischen Arm und Reich ist groß. 80 Millionen Menschen leben in China unterhalb der Armutsgrenze. Außerdem gibt es immer noch große Unterschiede im Lebensstandard auf dem Land und in den großen Städten. Auch aus diesem Grund gibt es weiterhin einen Zuzug von Wanderarbeitern, die in den Städten auf ein besseres Leben hoffen, jedoch nicht die gleichen Rechte genießen wie die Stadtbewohner. Eine Kluft, die die Gefahr sozialer Unruhen birgt.



Foto: picture alliance / Alte Männer beim Kartenspiel in Peking

Die Wut der "Normalbürger" auf reiche Funktionäre bricht hin und wieder im Internet hervor. In sozialen Netzwerken werden teure Uhren von Parteikadern gepostet oder zu Schrott gefahrene Wagen der Zöglinge der Parteieliten kommentiert. Solch offensichtliche Unterschiede wollte Staats- und Parteichef Xi Jinping mit seinem Kampf gegen die Korruption und Verschwendung eindämmen. Allerdings kommt immer wieder der Verdacht auf, dass dieses Programm gegen "Tiger und Fliegen" – einflussreiche Funktionäre und lokale Politiker – Teil einer politischen Kampagne ist, die Xis Macht sichern soll.

Demografische Fehlentwicklung

Chinas Ein-Kind-Politik ist grandios gescheitert. Das sehen die chinesischen Verantwortlichen inzwischen selbst ein. Die vor 35 Jahren eingeführte Geburtenkontrolle war nämlich zu erfolgreich: Die aktuelle Zuwachsrates der Bevölkerung ist auf derzeit 0,5 Prozent jährlich gefallen. Das hat zur Folge, dass die Zahl arbeitsfähiger Menschen von Jahr zu Jahr abnimmt. Der Anteil der unter 14-Jährigen betrug 1980 noch 34 Prozent an der Gesamtbevölkerung, heute sind es nur noch 16 Prozent. Die Gesellschaft ist überaltert. Die Zahl der Rentner über 65 Jahre hat sich seit 1980 mehr als verdoppelt. Die Pensionäre machen jetzt zehn Prozent der Bevölkerung aus. Mehr als 210 Millionen Chinesen sind älter als 60 Jahre.

Die Familienplaner erlauben deshalb seit Ende November 2013 jenen Paaren, in denen ein Partner aus einer Ein-Kind-Familie stammt, zwei Kinder großzuziehen. Die erhoffte Wende blieb bisher jedoch aus. Elf Millionen Paare wären 2014 für ein zweites Kind berechtigt gewesen. Nur jedes zehnte meldete seinen Wunsch nach einem zweiten Kind an. Das zwingt Peking dazu, ab Ende 2015 generell die Zwei-Kind-Familie zu erlauben.

Doch diese Reform könnte zu spät kommen. Selbst die Zeitung "China Daily" warnt, dass die Bevölkerung im Einwanderungsland USA im Jahre 2040 im Durchschnitt 40 Jahre alt sein wird, die in China aber 50 Jahre. Keine gute Voraussetzung für den Aufstieg zu einer innovativen und dynamischen Weltmacht.

Die Missachtung der Menschenrechte

Das Institut für Pädagogik und Zukunftsforschung (IPZF) in Würzburg macht auf ein paar Widersprüche aufmerksam: "Einerseits will die Kommunistische Partei eine moderne Gesellschaft, andererseits aber keine Bürgerrechte. Sie will Technologien zur Modernisierung nutzen, gleichzeitig aber ihre Verwendung einschränken. China will Vorreiter auf dem Weg zur Wissensgesellschaft sein, aber zugleich den Informationsfluss kontrollieren. Die Bevölkerung wird weiterhin unterdrückt, rebelliert aber vor allem auf dem Land immer häufiger gegen die Benachteiligung der Bauern und Wanderarbeiter."



China
Tibet schlägt Alarm wegen Selbstverbrennungen

In der Tat ist nur schwer vorstellbar, wie China den globalen Wettlauf um Ressourcen, wissenschaftliche Forschung und geopolitischen Einfluss gewinnen will, wenn es seinen Menschen nicht die dafür notwendigen Freiräume gibt. Die Behörden drangsalieren Kritiker, Künstler, Anwälte. Willkürliche Inhaftierungen, Berufsverbote, Folter sind üblich, beklagt die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International. Tibeter, Uiguren, Mongolen und andere ethnische oder religiöse Minderheiten sind Diskriminierungen und verschärften Sicherheitsmaßnahmen ausgesetzt. Die Meinungsfreiheit ist stark eingeschränkt, Kritik an der allmächtigen Partei nur in engstem Rahmen geduldet.

George Friedman, US-amerikanischer Politologe, Publizist und Direktor der privaten Denkfabrik Stratfor, hält für China sogar den "japanischen Moment" für gekommen. Die Phase also, die dem märchenhaften wirtschaftlichen Aufstieg Japans folgte, eine gigantische Blase platzen ließ und das Land seit Mitte der 90er-Jahre in einer Depression verharren lässt. Friedman hält eine ungeschminkte Diktatur in China ebenso für möglich wie einen Bürgerkrieg – oder beides.

Konflikte in der Region mit den Nachbarn

Nicht nur im Inneren des Landes brodelte es. Neben Pekings Angst vor Abspaltungen von Volksgruppen, wie den Uiguren oder Tibetern, die Chinas Führung mit einer restriktiven Politik zu verhindern versucht, schwelen auch in den angrenzenden Meeren Konflikte. Im Südchinesischen Meer beansprucht China auch Regionen vor den Küsten von Vietnam, Malaysia und den Philippinen für sich – "historische Rechte" sind die Begründung. Bei den Spratly-Inseln, die mitten in dem Seegebiet liegen, dürfte es China auch um dort vermutete Öl- und Gasvorkommen gehen.



Foto: Infografik Die Welt

Vietnam und die Philippinen werfen China vor, durch Bauvorhaben in der umstrittenen Meeresregion, beispielsweise durch die Verlegung einer Tiefseebohrinsel in das Gebiet, seine Ansprüche aggressiv zu untermauern. Auch mit Japan streitet China um eine Inselgruppe – allerdings im Ostchinesischen Meer. Immer wieder entsendet Peking Schiffe in die Region. Ein kleiner Fehltritt könnte schon zur Eskalation des Konfliktes führen. Die USA haben Chinas Territorialansprüche im Südchinesischen Meer in ihrer Nationalen Militärstrategie sogar als große Kriegsgefahr erwähnt.

"Regierung legt Basis für neuen Marktsturz"



Am Montag gab es den seit acht Jahren größten Kurseinbruch in China. Auch heute hat sich die Lage an der Börse nicht stabilisiert. Analysten zufolge ist die Politik schuld an den Kurseinbrüchen. Quelle: N24